**Deutscher Bundestag**
**8. Wahlperiode**

**Drucksache 8/1046**

19. 10. 77

# Antrag

## der Fraktion der CDU/CSU

### Maßnahmen zur Erhöhung der inneren Sicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich durch konkrete, genaue und umfassende öffentliche Darstellung möglichst vieler Erkenntnisse über Personen, typisches Verhalten und sonstige wichtige Merkmale mittels Fahndungsplakaten und Flugblättern, Informationen an Rundfunk, Fernsehen und Presse sowie auf sonstige geeignete Weise instandzusetzen, durch Beobachtungen und sachdienliche Hinweise die Polizei bei der Fahndung nach terroristischen Gewalttätern zu unterstützen und zum gleichen Zweck solchen Bediensteten im Bereich des Bundes, zum Beispiel bei Bahn und Post, die von ihrer Tätigkeit her zu Beobachtungen im besonderen Maße Gelegenheit haben, mit geeigneten Merkblättern auszurüsten sowie auf Länder und Gemeinden einzuwirken, daß sie in den dazu geeigneten Bereichen ihrer Verwaltungen entsprechend verfahren;

2. sicherzustellen, daß die zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität, insbesondere zum Schutz von Personen gegen Angriffe terroristischer Gewalttäter eingesetzten Polizeibeamten für diese Aufgabe umfassend und nach den jeweils neuesten Erkenntnissen ausgebildet, ausgerüstet und eingesetzt werden und in Gesprächen mit den zuständigen Stellen aller Länder auf entsprechende Maßnahmen für die Polizeibeamten der Länder hinzuwirken;

3. in Gesprächen mit den Ländern darauf hinzuwirken, daß noch mehr als bisher durch geeignete organisatorische Maßnahmen, wie die Einrichtung des „Kontaktbeamten", die Bevölkerung und die Polizeibeamten Gelegenheit zu persönlichem Kontakt gewinnen und dadurch das Sicherheitsgefühl der Mitbürger einerseits und der Informationsstand der Polizei andererseits gestärkt und verbessert werden;

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

4. unverzüglich in Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrages des Bundeskriminalamts als Zentralstelle für den elektronischen Datenverbund zwischen Bund und Ländern alle Nachrichten und Unterlagen für die polizeiliche Verbrechensbekämpfung zu sammeln und auszuwerten, das Konzept zur Fortentwicklung der polizeilichen Datenverarbeitung vorzulegen, Lösungsmöglichkeiten für gegenwärtige Schwierigkeiten zu zeigen und darüber sowie über Umfang und Aufbringung der Kosten mit den Ländern Absprachen herbeizuführen.

Bonn, den 19. Oktober 1977

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**